

Weder „Erbschuld“ noch Pflicht zur „Verantwortung“



Von WOLFGANG HÜBNER | Seitdem kürzlich in Berlin Symbole des Staates Israel öffentlich verbrannt wurden, herrscht in der politischen Klasse und den konformistischen Medien ebenso große wie verlogene Aufregung über „wachsenden Antisemitismus“ in Deutschland. Bundespräsident Steinmeier jammert: „Das erschreckt mich und beschämt mich“. Zuvor hatten sich Bundeskanzlerin Merkel und allerlei Spitzenpolitiker ähnlich geäußert. Allerdings hat niemand unter den Empörten deutlich gemacht, woher der „wachsende Antisemitismus“ kommt. Das hat natürlich Gründe, allerdings keine guten.

Denn es sind nicht diejenigen, die schon „etwas länger hier leben“, die den Davidstern in Brand gesetzt haben (übrigens keineswegs zum ersten Mal hierzulande), sondern jene, ohne die unsere Gesellschaft so viel weniger „vielfältig“ wäre. Darunter waren mit großer Wahrscheinlichkeit sowohl Menschen semitischer Herkunft, also eingewanderte Araber, wie auch Menschen, denen Merkel und Steinmeier großzügig die Grenzen geöffnet haben, darunter Muslime in großer Zahl. Der „wachsende Antisemitismus“ ist in Wahrheit hauptsächlich importiert.

Es handelt sich nicht um den traditionellen, zwar verachtenswerten und geschrumpften, doch nicht völlig verschwundenen „deutschen“ Antisemitismus, sondern um eine durch die Masseneinwanderung aus dem muslimischen Kulturkreis gespeiste, geförderte und tatsächlich rasch wachsende Juden-

und Israelfeindlichkeit. Dafür den pauschalisierenden Begriff „Antisemitismus“ zu gebrauchen, ist als ein bewusster Vernebelungsversuch derjenigen zu werten, die für diese gerade in und für Deutschland unerträgliche Entwicklung Verantwortung haben.

„Jude“ ist wieder ein Schimpfwort

Seit vielen Jahren wird vor den Folgen einer irrsinnigen, durchweg ideologisierten wie moralisierenden Einwanderungspolitik gewarnt, vergeblich. Nichts von dem, was jetzt geschieht, schon gar nicht die wachsende Juden- und Israelfeindlichkeit, kann überraschen, sondern war regelrecht programmiert. Und schon lange ist die Bezeichnung „Jude“ auf deutschen Schulhöfen mit migrantischer Schülermehrheit ein Schimpf- und Hetzwort. Doch wer das zum Thema macht, der rührt an der offiziell gewünschten „Vielfalt“-Harmonie und hat viel eher Schwierigkeiten zu gewärtigen, als jene, die ohne Hemmungen ihren Judenhass zum Ausdruck bringen.

Aufgeschreckt von den um die Welt gehenden Bildern brennender israelischer Symbole in Berlin sinnen nun die Politiker der etablierten Parteien, wie die üble Entwicklung wieder unter Kontrolle gebracht, zumindest aber unauffälliger gestaltet werden könnte. Steinmeier zum Beispiel erinnert an die „Verantwortung vor der deutschen Geschichte“, die „unveränderlich“ sei und stellt fest: „Diese Verantwortung kennt keine Schlussstriche für Nachgeborene und keine Ausnahmen für Zuwanderer“. Und dieser Präsident des politischen Kartells meint, wer israelische Flaggen verbrenne, „der verstehe nicht oder respektiere nicht, was es heißt deutsch zu sein“.

Das sind Äußerungen, die auch ganz unabhängig von der aktuellen Situation nähere Betrachtung lohnen. Zweifellos sind im deutschen Namen in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur von 1933 bis 1945 ungeheuerliche, ja monströse Verbrechen begangen worden. Da

gibt es nichts zu leugnen oder zu relativieren. Zweifellos jedoch wurden diese Verbrechen nicht von der großen Mehrheit des deutschen Volkes begangen oder positiv gebilligt. An dieser längst belegten Erkenntnis ändert es auch nichts, dass der Widerstand im Volk gegen diese Verbrechen aus heutiger Sicht der glücklicheren Nachgeborenen als zu gering erscheinen mag.

Es hat Tendenzen gegeben, aus der Tatsache dieser Verbrechen eine Art kollektiver Schuld der Deutschen zu konstruieren. Das wäre übrigens ganz im Sinne der massenmörderischen Täter gewesen, die in dieser Kollektivschuld hätten abtauchen können. Diese Tendenzen haben sich letztlich nicht durchgesetzt, deshalb gibt es selbstverständlich auch keine „Erbschuld“ der Deutschen, die jede neue Generation zu tragen hätte. Doch gibt es eine, wie sich Steinmeier ausdrückt, für jeden Deutschen verpflichtende „Verantwortung vor der deutschen Geschichte“, womit speziell die Unheilgeschichte von 1933 bis 1945 gemeint ist?

„Verantwortung“ kann nicht vom Staat befohlen werden

Wenn „Verantwortung“ einen Sinn haben soll, dann nur als individuell empfundene, persönlich erlebte Verantwortung. Wo auch immer Kollektive oder Gemeinschaften Verantwortung haben oder übernehmen sollen, ist es um diese eher oder ganz schlecht bestellt. Denn wenn alle oder viele die Verantwortung tragen, hat in der Regel niemand Verantwortung – der reale Sozialismus ist nicht zuletzt daran gescheitert. Wer, was unverändert sehr wünschenswert ist, „Verantwortung vor der deutschen Geschichte“ übernehmen will, der muss sich das selbst erarbeiten, es bedarf also einer individuellen Entscheidung. Um zu dieser Entscheidung zu gelangen, ist ein Prozess notwendig, den der Staat fördern, aber nicht befehlen kann.

Das zu erreichen, ist mit immer größerem Abstand zu der Zeit des Nationalsozialismus schon nicht einfach bei den

deutschstämmigen Nachgeborenen. Wozu allerdings der deutsche Staat respektive die jeweilige Staatsführung in „Verantwortung vor der deutschen Geschichte“ politisch und moralisch verpflichtet wäre, nämlich gegenüber den Juden wie auch dem jüdischen Staat eine schützende und notfalls helfende Haltung einzunehmen, da hat der Merkel-Staat mit seiner Einwanderungspolitik und Grenzöffnung für Moslems tatsächlich alles für wachsende Judenfeindlichkeit getan. Dabei spielt es keine Rolle, ob das fahrlässig oder vielleicht sogar bewusst geschehen ist. Für die Bilder aus Berlin ist primär Staatsversagen verantwortlich.

Von den in den letzten Jahrzehnten oder seit kurzem eingewanderten Menschen zu verlangen, eine „Verantwortung“ zu entwickeln für Verbrechen im deutschen Namen, die vor mehr als 70 Jahren begangen wurden, ist eine psychologischen und moralische Überforderung, die zum Scheitern verurteilt ist. Daran wird auch die absurd peinliche Forderung von Zensurminister Maas (SPD) nichts ändern, wonach der Nazi-Massenmord an den Juden Prüfungsthema in Integrationskursen für Migranten werden soll. Das Resultat wären Lügereien ohne Ende ausgerechnet beim Thema Holocaust.

Die falsche Spur

Wer einmal auf die falsche Spur geraten ist, kommt bekanntlich meist nicht ohne Schaden davon runter. Die falsche Spur, das ist im konkreten Zusammenhang die Masseneinwanderung von potentiell juden- und israelfeindlichen Moslems nach Deutschland. Diese Menschen kommen nicht mit der Bereitschaft, sich deutsche Schuldkomplexe oder Verantwortungskonstruktionen zu verinnerlichen, sondern um ein besseres Leben zu finden, ohne ihren Glauben, in dem Judenfeindlichkeit und Hass auf Israel fest verankert ist, aufgeben zu müssen.

Zutiefst verantwortlich für diese auch weiterhin stattfindende Masseneinwanderung sind genau jene, die jetzt „wachsenden Antisemitismus“ beklagen. Schon allein wegen der falschen

Definition der importierten Judenfeindlichkeit zeigen diese politischen „Eliten“, dass sie weder das Problem noch seine ungeheure Brisanz begriffen haben. Vermutlich wollen sie das auch gar nicht begreifen, weil ihnen dämmert, in welches Dilemma sie ausgerechnet das Land und das Volk geführt haben, das zwar nicht mit der „Verantwortung“ für die nationalsozialistischen Verbrechen, wohl aber noch Jahrhunderte mit der Erinnerung daran zu leben verurteilt ist. Die Moslems in Deutschland werden darauf auch in Zukunft keine Rücksicht nehmen. Und je zahlreicher sie werden, umso weniger.



Hübner auf
der Buch-
messe 2017
in
Frankfurt.

PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der 71-jährige leidenschaftliche Radfahrer ist über seine Facebook-Seite erreichbar.